

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Richtige Vorsorgeplanung für Rechtsanwälte

A. Der Weg zum richtigen „Vorsorge-Portfolio“	1
B. Unterscheidung zwischen Altersvorsorge und Vermögensbildung?!	2
C. In welchen Lebenssituationen besteht Absicherungsbedarf?	4
I. Versorgungsfall: Alter	5
II. Versorgungsfall: Berufsunfähigkeit bzw. verminderte Erwerbsfähigkeit	7
III. Versorgungsfall: Tod	9
D. So wird das Vorsorgeziel (Vorsorge-SOLL) festgelegt	11
I. Festlegung des Versorgungsbedarfs (quantitatives Versorgungsziel)	12
1. Schätzung des Versorgungsbedarfs	12
2. Genaue Analyse des Versorgungsbedarfs	14
II. Weitere Zielsetzung bei der Vorsorgeplanung (Qualitative Ziele)	16
E. So kann der aktuelle Vorsorge-Status (Vorsorge-IST) und der ergänzende Vorsorgebedarf (Vorsorge-DELTA) ermittelt werden	17
I. Ermittlung des Vorsorge-IST	17
II. Tipps zur Herstellung einer Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Leis- tungen	19
1. Herstellung gleicher Wertverhältnisse von heute und in Zukunft vor- handenen liquiden Mitteln	19
2. Umrechnung von Kapitalwerten in lebenslängliche Rentenleistungen	22
3. Qualitativer Vergleich der Leistungsvoraussetzungen	24
III. Tipps zur Einholung von Versorgungskontoauszügen	25
IV. Ermittlung des Vorsorge-DELTA	27
F. Aufstellen eines Maßnahmenplanes unter Berücksichtigung einer lebenspha- senorientierten Vorsorgeplanung	29
I. Richtige Priorisierung der (ergänzenden) Vorsorgemaßnahmen	29
II. Lebensphasenorientierte Vorsorgeplanung	30
III. Wie viel Prozent des Einkommens sind für einen angemessenen Vorsorge- aufbau erforderlich?	33
IV. Wahl des „richtigen“ Vorsorgeweges	35
1. Die drei Säulen der Alterssicherung	35
a) Berufsständische Versorgung (Rechtsanwaltsversorgung)	36
b) Ergänzende Vorsorge über den Arbeitgeber bzw. die Sozietät (sog. betriebliche Altersvorsorge)	36
c) Private Altersvorsorge/Eigenvorsorge	37
2. Vergleich der verschiedenen Möglichkeiten der ergänzend Vorsorge	38
a) Begrenzung der Vorsorgemöglichkeiten im Bereich der berufsständi- schen Vorsorge und der Vorsorge über den Arbeitgeber	38
b) Abhängigkeit der Eignung von den persönlichen Zielvorstellungen	39

2. Kapitel. Die berufsständische Altersvorsorge
über die Rechtsanwaltsversorgungswerke

A. Aufgaben und Ziele der Rechtsanwaltsversorgungswerke	45
B. Historische Entwicklung der Rechtsanwaltsversorgungswerke	45
C. Verfassungsrechtliche Verankerung der Rechtsanwaltsversorgungswerke	48
I. Regelungskompetenzen	48
II. Rechtsanwaltsversorgungswerke und Grundrechte	51
1. Art. 12 GG	51
2. Art. 14 GG	51
D. Grundprinzipien der Rechtsanwaltsversorgungswerke	52
I. Selbstverwaltung, Satzungsautonomie und Aufsicht	52
II. Eigenständigkeit und Entscheidungsfindung	53
III. Finanzierungssystematik	54
1. Allgemeines	54
2. Umlageverfahren	55
3. Individuelles Anwartschaftsdeckungsverfahren	56
4. Modifiziertes Deckungsplanverfahren	56
5. Offenes Deckungsplanverfahren	56
E. Mitgliedschaft	57
I. Pflichtmitgliedschaft	57
II. Ausnahmen und Befreiungen von der Pflichtmitgliedschaft	58
III. Freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft	59
IV. Ruhende Mitgliedschaft	59
V. Ende der Mitgliedschaft	60
1. Überleitung	60
2. Beitragserstattung	61
F. Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung	62
I. Inhalt und Zweck des Befreiungsrechts	62
II. Voraussetzungen	62
1. Doppelte Pflichtmitgliedschaft	62
2. Berufsspezifische Tätigkeit	63
3. Beitrags- und leistungsrechtliche Voraussetzungen	64
III. Fallgestaltungen	65
1. Angestellte Rechtsanwälte	65
2. Sonderproblem der Syndikusanwälte	65
3. Antragspflichtversicherte selbständige Rechtsanwälte	68
4. Übergangsweise berufsfremde Tätigkeit/Beschäftigung	69
5. Scheinselbständige mit nur einem Auftraggeber	69
6. Existenzgründerzuschuss gem. § 421 I SGB III, sog. „Ich-AG“	71
7. Sonderproblem Rechtsanwälte als Dozenten	72
IV. Wirkung der Befreiung	73
V. Verfahren	73
VI. Regelungsbedarf gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung im Falle eines Wechsels zum Rechtsanwaltsversorgungswerk	76
1. Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt	76
2. Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllt	76
3. Beitragserstattung gemäß § 210 SGB VI	76

Inhaltsverzeichnis

G. Beiträge	77
I. Ausgangspunkt	77
II. Bemessungsgrundlagen	77
1. Selbständige Rechtsanwälte	77
2. Angestellte Rechtsanwälte	79
a) Allgemeines	79
b) Kürzung des beitragspflichtigen Bruttos durch Entgeltumwandlung	80
III. Nachversicherung	81
1. Voraussetzungen	81
2. Nachversicherung von Rechtsreferendaren	82
IV. Beiträge im Wehrdienst, Zivildienst und in Zeiten der Arbeitslosigkeit	83
V. Beitragsabführung aus der Pflegeversicherung	84
VI. Kinderbetreuungszeiten	85
VII. Sonderregelungen für Ehegatten	85
VIII. „Mini-Jobs“	86
1. Geringfügige Beschäftigung	86
2. Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit	86
3. Auswirkungen des Verzichts	86
4. Beiträge bei einer geringfügig entlohnten Beschäftigung	87
5. Anwendung der einheitlichen Pauschsteuer in Höhe von 2% bei geringfügig beschäftigten Mitgliedern von Rechtsanwaltsversorgungswerken	88
IX. Beitragszahlung bei Existenzgründern (Ich-AG)	88
1. Allgemeines	88
2. Geringfügige selbständige Tätigkeiten	89
H. Leistungen	89
I. Besonderheiten berufsständischer Absicherung	89
II. Altersrente	91
1. Allgemeines	91
2. Vorgezogene Altersrente	91
3. Aufgeschobene Altersrente	92
4. Entstehen des Anspruchs	93
5. Berechnung der Altersrente	93
6. Anrechnungen	93
III. Hinterbliebenenrente	94
1. Witwen- und Witwerrente	94
2. Absicherung von Lebensgefährten	94
3. Waisen- und Halbwaisenrente	95
IV. Berufsunfähigkeit	97
1. Wartezeit für die Berufsunfähigkeitsrente	97
2. Berufsunfähigkeitsbegriff	97
3. Feststellung der Berufsunfähigkeit/Gutachten	99
4. Nachprüfung/Nachuntersuchung der Berufsunfähigkeit	100
5. Höhe der Berufsunfähigkeitsrente	101
V. Zuschüsse zu Rehabilitationsleistungen	102
VI. Sterbegeld	102
VII. Kapitalabfindung bei Wiederheirat von Witwen bzw. Witwern	102
I. Versorgungsausgleich	103
I. Ziel des Versorgungsausgleichs	103

Inhaltsverzeichnis

II. Durchführung des Versorgungsausgleichs	103
1. Realteilung	104
2. Analoges Quasi-Splitting	104
J. Dynamisierung der Leistungen	105
I. Anwartschaften	105
II. Renten	106
K. Zweck und Verwendung der Mittel der Rechtsanwaltsversorgungswerke	106
I. Sicherheitsrücklage – Gewinnrückstellung	107
II. Deckungsrückstellung	107
L. Rechtsschutz, Rechtsweg	109
I. Verwaltungsverfahren	109
II. Verwaltungsgerichtsbarkeit	110
M. Vollstreckungsrecht	110
I. Pfändbarkeit	110
1. Pfändbarkeit von Anwartschaften	110
2. Pfändbarkeit von laufenden Rentenzahlungen	111
3. Pfändbarkeit zukünftiger Versorgungsleistungen	111
4. Beitragserstattungen	112
5. Zuschüsse von Rehabilitationsleistungen	112
6. Sterbegeld	112
II. Verpfändung/Befreiung/Abtretung der Anwartschaften und Renten	112
N. Auswirkungen des Insolvenzrechts auf das Beitrags- und Leistungsrecht der Rechtsanwaltsversorgungswerke	113
I. Beitragsseite	113
II. Leistungsseite	113
O. Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	114
P. Rechtsanwaltsversorgungswerke und Steuern	115
I. Körperschaftssteuerrechtliche Stellung der Rechtsanwaltsversorgungswerke	115
II. Steuerrechtliche Behandlung der Beiträge	115
1. Rechtslage bis zum 31. 12. 2004	115
2. Rechtslage ab dem 1. 1. 2005	115
III. Besteuerung der Renten	117
1. Rechtslage bis zum 31. 12. 2004	117
2. Rechtslage ab dem 1. 1. 2005	117
Q. Rechtsanwaltsversorgungswerke und Europa	118

**3. Kapitel. Betriebliche Altersvorsorge
für angestellte Anwälte sowie Partner einer
Anwaltsgesellschaft**

A. Verbreitung einer vom Arbeitgeber finanzierten zusätzlichen Altersversorgung für angestellte Anwälte und für Partner	122
B. Nutzen und Wert von Versorgungszusagen	123
I. Nutzen der betrieblichen Altersversorgung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer	124
II. Geldwert/Barwert der Versorgungsanwartschaft	124
III. Brutto-Gehaltsäquivalent einer Versorgungsanwartschaft	126

C. Funktionsweise der betrieblichen Altersvorsorge für angestellte Rechtsanwälte sowie Partner von Anwaltsgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH oder AG	129
I. Entstehung von Ansprüchen auf eine ergänzende Altersversorgung für angestellte Rechtsanwälte	130
1. Umwandlung von Barvergütung in Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge (Arbeitnehmerfinanzierte Altersvorsorge)	130
a) Funktionsweise und Voraussetzungen der Altersvorsorge aus Entgeltumwandlung	130
b) Besondere Arbeitnehmerschutzbestimmungen bei Altersvorsorge aus Entgeltumwandlung	133
c) Wichtige Merkmale für die Altersvorsorge aus Entgeltumwandlung	135
2. Freiwillige Zusage einer betrieblichen Altersversorgung durch den Arbeitgeber (Arbeitgeberfinanzierte Altersvorsorge)	137
a) Notwendigkeit einer rechtsgeschäftlich verbindlichen Zusage	137
b) Unterschiedliche Wege zur Entstehung von Versorgungsverpflichtungen	138
c) Formale Anforderungen an Versorgungszusagen	139
II. Durchführungswege (Formen) der betrieblichen Altersversorgung von angestellten Anwälten	140
1. Rechtsbeziehungen	141
2. Unmittelbare Versorgungszusage (Direktzusage)	143
3. Unterstützungskasse	144
4. Direktversicherung	146
5. Pensionskasse	150
6. Pensionsfonds	151
7. Eignung der fünf Durchführungswege für die Versorgung von Anwälten	153
III. (Sachgerechte) Gestaltung von Versorgungszusagen	157
1. Notwendiger Mindestinhalt von Versorgungszusagen	158
a) Wichtiger Regelungsinhalt bei Entgeltumwandlungszusagen	158
b) Wichtiger Regelungsinhalt bei Anwälten, die nicht in den persönlichen Geltungsbereich des BetrAVG fallen (z. B. beherrschende Gesellschafter)	160
c) Grundsätzliches zum Mindestinhalt der Zusage	161
2. Wirkungsweise von Vorschalt- oder Wartezeiten sowie anderen Aufnahmevoraussetzungen	162
3. Wirkungsweisen der verschiedenen Leistungsvoraussetzungen und -ausschlüsse	164
a) Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	164
b) Besondere Leistungsvoraussetzungen bei den einzelnen Versorgungsfällen	165
4. Wirkungsweise der unterschiedlichen Leistungssysteme	167
5. Abschließende Tipps zur Gestaltung der betrieblichen Altersversorgung	171
IV. Möglichkeiten der nachträglichen Veränderung von Versorgungszusagen	172
1. Voraussetzungen für die Änderung oder den Widerruf von einzelvertraglichen Zusagen	173
2. Umfang des Eingriffs in Versorgungsanwartschaften	175

V. Rechte im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens oder bzw. eines Arbeitgeberwechsels	177
1. Auskunftsanspruch gegenüber der Sozietät	178
2. Unverfallbarkeit der Versorgungsanwartschaft dem Grunde nach	179
a) Allgemeine Grundsätze	179
b) Abgrenzung zwischen Unterbrechung und Ruhen des Arbeitsverhältnisses	180
c) Abgrenzung zwischen Zusageänderung und Neuzusage	181
3. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft	182
a) Höhe der aufrecht zu erhaltenden Versorgungsanwartschaft	182
b) Vorgezogene Altersrente nach vorzeitigem Ausscheiden	185
4. Voraussetzungen für eine Übertragung der Versorgungsanwartschaft auf einen Nachfolgearbeitgeber oder einen anderen Versorgungsträger	187
5. Voraussetzungen und steuerliche Folgen der Abfindung einer (unverfallbaren) Versorgungsanwartschaft	190
a) Beschränkung der Abfindung von unverfallbaren Anwartschaften ...	190
b) Höhe des Abfindungsbetrags	192
c) Folgen eines Verstoßes gegen das Abfindungsverbot	193
d) Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Abfindung	194
6. Einschränkung des Verfügungsrechts bei gesetzlich unverfallbaren Anwartschaften sowie Wirkung einer Ausgleichsklausel	195
a) Besondere Verfügungsverbote bei Direktversicherung und Pensionskasse	195
b) Wirkung einer Ausgleichsquittung beim Ausscheiden	196
VI. Rechte und Pflichten im Versorgungsfall	196
1. Der Versorgungsantrag	197
2. Obliegenheiten nach Eintritt eines Versorgungsfalles	197
3. Abschlüsse bei Inanspruchnahme einer vorgezogenen Betriebsrente	199
4. Anrechnung sonstiger Einkünfte auf die Betriebsrente	200
5. Anspruch auf Überprüfung bzw. Anpassung laufender Versorgungsleistungen an gestiegene Lebenshaltungskosten	202
6. Verjährung und Verwirkung von Versorgungsansprüchen	204
7. Schadenersatz und Prozessuales	205
VII. Versorgungsrechte im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers	206
1. Gesicherte Ansprüche durch den PSVaG	206
2. Fälle, in denen der PSVaG die Sicherung übernimmt	208
3. Möglichkeiten einer privatrechtlichen Insolvenzsicherung	209
VIII. Auswirkungen einer Scheidung	210
IX. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Wirkungen betrieblicher Versorgungszusagen bzw. -leistungen	211
1. Lohn- und einkommensteuerliche Behandlung des angestellten Rechtsanwalts bei Direktzusage und Unterstützungskassenversorgung	211
2. Lohn- und einkommensteuerliche Behandlung des angestellten Anwalts bei der Versorgung über Direktversicherung, Pensionskasse bzw. Pensionsfonds	214
a) Steuer- und Beitragsfreiheit (in der SozialIV) der Beiträge an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds nach § 3 Nr. 63 EStG i. V. m. § 2 Abs. 2 Nr. 4 ArEV/Volle Besteuerung der Leistungen nach § 22 Nr. 5 EStG	215

Inhaltsverzeichnis

b) Pauschalversteuerung nach § 40b EStG der Beiträge an eine Pensionskasse oder Direktversicherung und gleichzeitiger Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ArEV, soweit sie zusätzlich zum Arbeitslohn erbracht werden/ Steuerfreie Kapitalauszahlung bzw. Ertragsanteilbesteuerung von Renten nach § 22 Nr. 1 EStG	216
c) Faktische Steuerfreiheit über Zulagen bzw. Gewährung eines Sonderausgabenabzugs nach § 10a bzw. Abschnitt XI EStG für Eigenbeiträge an eine Pensionskasse, einen Pensionsfonds oder eine Direktversicherung aus versteuertem und verbeitragtem Entgelt gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ArEV/Volle Besteuerung der Leistungen nach § 22 Nr. 5 EStG	219
3. Sozialversicherungspflichtigkeit von Versorgungsaufwand und Versorgungsleistungen	220
4. Erbschaftsteuerliche Behandlung der Hinterbliebenenversorgung	222
D. Besonderheiten bei der Versorgung von geschäftsführenden Partnern von Anwaltsgesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	222
I. „Betriebliche Veranlassung“ der Versorgung bzw. keine verdeckte Gewinnausschüttung	222
II. Besondere steuerliche Prüfkriterien für Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer oder -Vorstände	223
E. Versorgung der Partner von Anwaltsgesellschaften, die nicht in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft organisiert sind	225
I. Abgrenzung des Kaufpreises bzw. der Abfindung für die Abgabe der Gesellschaftsanteile von einer Altersversorgungsleistung für ausscheidende Partner	226
II. Modelle der ergänzenden Altersversorgung für Partner (Nicht-Kapitalgesellschaften)	226
1. Keine explizite Versorgungsregelung	226
2. Klassische Versorgungszusage der Anwaltsgesellschaft	227
3. Hohe Abfindungsguthaben oder Gewinnberechtigung über das Ausscheiden hinaus	227
4. Steuerbegünstigte Formen der Altersvorsorge für Partner von Anwalts- gesellschaften (Nicht-Kapitalgesellschaften)	228
III. Rechtlicher Rahmen der Partnerversorgung	230

4. Kapitel. Private Vorsorge

A. Überblick und Grundlagen	231
I. Einteilung der Anlage- und Vorsorgeprodukte	231
II. Qualitätskriterien, von denen die Eignung der verschiedenen Produkte für die Altersvorsorge abhängt	232
III. Bei dem Aufbau von Vorsorgekapital zu beachtende Grundsätze	235
1. Die drei wichtigsten „Grundgesetzlichkeiten“	235
2. Vorteile der Diversifizierung (moderne Portfolio-Theorie)	237
3. Ausnutzung der „cost-average-Effektes“	239
4. Zusammenhang zwischen Rendite und Risiko	239
5. Zusammenhang zwischen Anlagedauer und Rendite (Zinsstrukturkurve)	242
IV. Unterscheidung zwischen Risikoabsicherung und Kapitalbildung	244

Inhaltsverzeichnis

B. Vorsorge mittels liquider Geldanlagen (Spareinlage, -brief und -plan, Geldmarktfonds, Termineinlage, Geldmarktpapiere)	245
I. Liquide Geldanlagen	246
II. Steuerliche Behandlung von Geldeinlagen	248
III. Eignung von liquiden Geldanlagen für private Altersvorsorge	249
C. Vorsorge mit (fest)verzinslichen Wertpapieren und Rentenfonds	250
I. Formen von verzinslichen Wertpapieren und Rentenfonds	250
II. Steuerliche Behandlung von festverzinslichen Wertpapieren und Anteilen an Rentenfonds	255
III. Eignung von verzinslichen Wertpapieren und Anteilen an Rentenfonds für die private Altersvorsorge	257
D. Vorsorge über Lebens-, Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen	259
I. Wichtige allgemeine Informationen zur Lebens-, Berufsunfähigkeits-, privaten Pflege- und privaten Rentenversicherung	259
II. Welche Arten von privaten Vorsorgeversicherungen gibt es und wie unterscheiden sie sich?	270
1. Kapital-Lebensversicherung	270
2. Fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie andere Sonderformen der Kapital-Lebensversicherung	272
3. Private Rentenversicherung beziehungsweise Pensionsversicherung	276
4. Risikolebensversicherung	280
5. (Selbstständige) Berufsunfähigkeitsversicherung und Berufsunfähigkeits-(zusatz)versicherung	281
6. Private Unfallversicherung und Unfalltod-Zusatzversicherung	285
7. Private Pflegerenten-Versicherung und Pflegerenten-Zusatzversicherung	287
8. Krankentagegeldversicherung	287
III. Steuerliche Behandlung von Lebens- und Rentenversicherungen	288
IV. Eignung von Lebens- und Rentenversicherungen für die private Altersvorsorge	297
E. Vorsorge mit Investmentfonds (Aktien-, offene Immobilien-, gemischte Fonds, Altersvorsorge-Sondervermögen) und Direktanlage in Aktien	299
I. Anlage in Aktien und in Anteilen an Investmentfonds	300
II. Steuerliche Behandlung von Investmentfonds und Aktien	305
III. Eignung von Investmentfonds und Aktien für die private Altersvorsorge	307
F. Vorsorge mit Index-Zertifikaten, Discount-Zertifikaten und anderen strukturierten Anlage-Produkten	309
I. Welche Formen von Zertifikaten gibt es und wie unterscheiden sie sich?	310
II. Steuerliche Behandlung von Zertifikaten und Aktienanleihen	314
III. Eignung von Zertifikaten und Aktienanleihen für die private Altersvorsorge	315
G. Vorsorge mittels geschlossener Investmentfonds (geschlossene Immobilienfonds, Leasingfonds, Schiffsbeteiligungen) und Immobilien	316
I. Funktionsweise und Arten geschlossener Fonds	316
II. Direkte Immobilienanlage	321
III. Steuerliche Behandlung von geschlossenen Fonds und Immobilien	322
IV. Eignung von geschlossenen Fonds und Immobilien für die Altersvorsorge ...	324
H. Pensionsfonds	327
I. Vergleich der verschiedenen Formen der privaten Vorsorge	328

5. Kapitel. Vier Vorsorgebeispiele

Beispiele 333

Anhang

A. Anschriften und Internet-Links der deutschen Rechtsanwaltsversorgungs-
werke 337

B. Deutschlandkarte mit Überblick über die berufsständische Versorgung 339

C. Anschriften und Internet-Links von wichtigen Organisationen auf dem Gebiet
der Anwaltsversorgung 340

D. Ausgewählte weitere Internet-Links zu Informationsangeboten auf dem Gebiet
der Kapitalanlage 342

E. Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Ren-
tenversicherung 343

Sachverzeichnis 345

